

Ressort: Finanzen

Karlsruhe weist Eilanträge gegen EZB-Anleihenkäufe ab

Karlsruhe, 18.10.2017, 09:54 Uhr

GDN - Das Bundesverfassungsgericht hat Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückgewiesen. Die Anträge seien unzulässig, weil "eine einstweilige Anordnung des von den Antragstellern begehrten Inhalts die Entscheidung in der Hauptsache vorweggenommen hätte", teilte das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch mit.

Die Beschwerdeführer wollten erreichen, dass der Deutschen Bundesbank einstweilen der weitere Ankauf von Staatsanleihen untersagt wird. Außerdem sollte der Gesetzgeber verpflichtet werden, sich mit dem Anleihenkaufprogramm aktiv auseinanderzusetzen. Nach mehreren Klagen gegen die milliardenschweren Anleihenkäufe der EZB hatte das Bundesverfassungsgericht im Sommer den Gerichtshof der Europäischen Union eingeschaltet. Eine Entscheidung in dem Verfahren steht noch aus.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-96250/karlsruhe-weist-eilantraege-gegen-ezb-anleihenkaeufe-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619